

Zuspitzung der Haushaltskrise in Berlin — Ohne Hilfen des Bundes droht Kollaps	369
Anhaltend hohe Dynamik beim Export nach Nordamerika	375

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 25/2001

Berlin

21. Juni 2001

68. Jahrgang

Zuspitzung der Haushaltskrise in Berlin — Ohne Hilfen des Bundes droht Kollaps

3. Ex.
Bibliothek
des
Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

Die ohnedies äußerst angespannte Finanzlage Berlins hat sich in den letzten Wochen dramatisch verschärft, insbesondere weil die notleidende „Bankgesellschaft Berlin“ eine Kapitalzuführung in Höhe von 4 Mrd. DM benötigt. Hinzu kommt, dass der Senat infolge der Bankenkrise auf im Haushaltsplan veranschlagte Privatisierungserlöse und Gewinnausschüttungen sowie auf Steuereinnahmen verzichten und zusätzliche Zinslasten tragen muss. Alles in allem erhöht sich in diesem Jahr — bei einem Haushaltsvolumen von 40 Mrd. DM — das Finanzierungsdefizit im Landeshaushalt vorübergehend auf nahezu 10 Mrd. DM. Die Mehrbelastungen schlagen künftig mit über einer halben Milliarde D-Mark jährlich zu Buche. Auch in den nächsten Jahren wird Berlin eine konsequente Sparpolitik betreiben, also den 1995 eingeschlagenen Kurs fortführen müssen. Finanzpolitischer Spielraum, um eigenständig die Wirtschafts- und Steuerkraft Berlins zu erhöhen, besteht nicht. Daher dürfte es der Stadt nicht gelingen, sich aus eigener Kraft aus dem haushaltspolitischen Dilemma zu befreien.

Ursachen der Finanzkrise

Die aktuelle Fehlentwicklung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich Berlin bereits seit langem in einer Haushaltskrise befindet. Sie ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen:¹

- Mit dem Fall der Mauer kamen auf die Stadt riesige Integrationslasten zu, um ein sozialverträgliches Zusammenwachsen beider Stadthälften zu ermöglichen. Wie die anderen ostdeutschen Länder hatte auch Berlin einigungsbedingte Lasten zu tragen — beispielsweise die Überführung überproportional vieler Stellen der Ost-Berliner Magistratsverwaltung sowie des Ministerrats der DDR. Auch musste die Stadt für den raschen Auf- und Ausbau der Infrastruktur im Ostteil sorgen.
- Bis zum Fall der Mauer wurde mehr als die Hälfte des (West-)Berliner Haushalts aus Bundesmitteln finanziert; zu Beginn der 90er Jahre traten die Mittel aus

dem Fonds Deutsche Einheit hinzu. Im Jahre 1991 flossen insgesamt 19,6 Mrd. DM als Hilfen aus dem Bundeshaushalt (einschließlich EU) in die Stadt. Danach zog sich der Bund binnen weniger Jahre aus seiner finanzpolitischen Verantwortung für die Stadt zurück. Im Jahre 1995, nachdem der Solidarpakt I be-

¹ Hierauf hatte das DIW in früheren Untersuchungen immer wieder hingewiesen. Vgl.: Riesige Fehlbeträge im Berliner Landeshaushalt — Bisherige Sparbemühungen reichen nicht aus. Bearb.: Dieter Vesper. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 45/95; Berliner Finanzpolitik in einem fast ausweglosen Dilemma — Aktuelle Tendenzen im Landeshaushalt von Berlin. Bearb.: Dieter Vesper. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 39/97; Kann sich Berlin aus seinem Finanzdilemma befreien? Zur Entwicklung des Landeshaushalts von Berlin. Bearb.: Dieter Vesper. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 22/99; Dieter Vesper: Perspektiven der Finanzpolitik in Berlin. Gutachten im Auftrag des DGB, Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Berlin 2000 (Manuskript).

Tabelle 1

Einnahmen und Ausgaben im Landeshaushalt Berlin 1991 bis 2000

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
	Mill. DM									
Steuern u. Ä.	9 534	12 463	14 601	16 685	15 799	15 095	15 649	15 964	16 866	16 994
Länderfinanzausgleich i. e. S.	–	–	–	–	4 104	4 335	4 358	5 022	5 161	5 434
Ergänzungszuweisungen Bund	–	–	–	–	3 703	3 701	3 710	3 751	3 790	3 810
Sonstige Zahlungen vom Bund	16 857	15 588	12 333	7 519	3 151	3 552	3 829	3 671	3 760	3 704
Gebühren	1 133	1 214	1 304	1 373	1 461	1 441	1 470	1 441	1 361	1 328
Einnahmen aus wirtschaftl. Tätigkeit	384	445	480	502	796	789	784	982	757	1 301
Veräußerung von Sachvermögen	29	33	27	39	132	5	552	446	516	603
Veräußerung von Beteiligungen	4	32	26	1 829	617	69	4 479	2 183	3 120	757
Sonstige	1 797	2 198	2 476	2 430	2 722	2 390	2 944	2 314	2 226	1 943
Einnahmen insgesamt	29 738	31 973	31 247	30 377	32 485	31 378	37 775	35 775	37 557	35 874
Personalausgaben	11 471	13 168	14 013	14 174	14 280	14 301	14 062	13 876	13 939	13 979
Laufender Sachaufwand	8 103	9 353	10 082	10 310	10 903	10 240	9 979	9 565	9 650	10 054
Zinsausgaben	1 046	1 314	1 678	1 904	2 275	2 860	3 352	3 561	3 746	3 839
Laufende Übertragungen	7 926	7 786	8 479	8 664	9 192	8 128	8 672	8 912	8 943	8 437
Unterstützungen	2 137	2 559	2 842	2 897	2 976	2 861	2 995	3 053	3 083	3 047
an Unternehmen	4 328	3 839	4 193	4 082	4 291	3 270	3 630	3 743	3 700	3 594
an soziale Einrichtungen	805	918	996	1 201	1 327	1 423	1 469	1 455	1 499	1 098
Sonstige	656	470	448	484	598	575	578	661	661	698
Sachinvestitionen	1 649	1 467	1 617	1 525	1 888	1 477	1 206	1 091	871	848
Vermögensübertragungen	2 719	2 544	2 470	2 790	3 202	2 660	2 666	2 475	2 225	2 269
Darlehen, Beteiligungen	2 552	2 583	1 838	917	1 246	1 943	1 677	1 704	1 671	1 315
Tilgungsausgaben an den Bund	171	175	190	222	218	210	286	185	138	127
Ausgaben insgesamt	35 637	38 390	40 367	40 506	43 204	41 819	41 900	41 368	41 183	40 868
Ausgaben ohne Zinsausgaben	34 591	37 076	38 689	38 602	40 929	38 959	38 548	37 808	37 437	37 029
Finanzierungssaldo	–5 899	–6 417	–9 120	–10 129	–10 719	–10 442	–4 125	–5 594	–3 626	–4 994
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %									
Steuern u. Ä.		30,7	17,2	14,3	–5,3	–4,5	3,7	2,0	5,7	0,8
Länderfinanzausgleich i. e. S.		–	–	–	–	5,6	0,5	15,2	2,8	5,3
Ergänzungszuweisungen Bund		–	–	–	–	–0,1	0,2	1,1	1,0	0,5
Sonstige Zahlungen vom Bund		–7,5	–20,9	–39,0	–58,1	12,7	7,8	–4,1	2,4	–1,5
Gebühren		7,1	7,4	5,3	6,4	–1,4	2,0	–2,0	–5,5	–2,4
Einnahmen aus wirtschaftl. Tätigkeit		15,9	7,9	4,6	58,6	–0,9	–0,6	25,3	–22,9	71,9
Sonstige		22,3	12,6	–1,9	12,0	–12,2	–18,7	19,1	–3,8	–12,7
Einnahmen insgesamt		7,5	–2,3	–2,8	6,9	–3,4	20,4	–5,3	5,0	–4,5
Personalausgaben		14,8	6,4	1,1	0,7	0,1	–1,7	–1,3	0,5	0,3
Laufender Sachaufwand		15,4	7,8	2,3	5,8	–6,1	–2,5	–4,1	0,9	4,2
Zinsausgaben		25,6	27,7	13,5	19,5	25,7	17,2	6,2	5,2	2,5
Laufende Übertragungen		–1,8	8,9	2,2	6,1	–11,6	6,7	2,8	0,4	–5,7
Unterstützungen		19,7	11,1	1,9	2,7	–3,9	4,7	1,9	1,0	–1,2
an Unternehmen		–11,3	9,2	–2,6	5,1	–23,8	11,0	3,1	–1,2	–2,9
an soziale Einrichtungen		14,0	8,5	20,6	10,5	7,2	3,3	–1,0	3,1	–26,8
Sonstige		–28,4	–4,7	8,0	23,6	–3,8	0,5	14,3	0,1	5,6
Sachinvestitionen		–11,0	10,2	–5,7	23,8	–21,8	–18,3	–9,5	–20,2	–2,6
Vermögensübertragungen		–6,4	–2,9	13,0	14,8	–16,9	0,2	–7,1	–10,1	2,0
Darlehen, Beteiligungen		1,2	–28,8	–50,1	35,9	56,0	–13,7	1,6	–1,9	–21,3
Tilgungsausgaben an den Bund		2,3	8,6	16,8	–1,8	–3,6	36,1	–35,3	–25,4	–8,0
Ausgaben insgesamt		7,7	5,1	0,3	6,7	–3,2	0,2	–1,3	–0,4	–0,8
Ausgaben ohne Zinsausgaben		7,2	4,4	–0,2	6,0	–4,8	–1,1	–1,9	–1,0	–1,1
Quellen: Statistisches Bundesamt (Vierteljährliche Kassenergebnisse); Berechnungen des DIW.										

geschlossen und Berlin in den Länderfinanzausgleich integriert worden war, wurden nur noch 11 Mrd. DM an den Landeshaushalt überwiesen.

- Vor dem Fall der Mauer konnte die (West-)Berliner Wirtschaft nur mit Hilfe einer umfangreichen Wirtschaftsförderung am Leben gehalten werden. Nach dem Fall der Mauer wurde die Förderung spürbar verringert, und viele der Arbeitsplätze an den „verlängerten Werkbänken“ gingen verloren; im Ostteil der Stadt kollabierte die Wirtschaft, da sie unter den geschaffenen Marktbedingungen nicht wettbewerbsfähig war. Zudem wanderten zahlreiche Unternehmen — und auch einkommensstärkere Bevölkerungsgruppen — ins Umland ab. Die Erosion der Wirtschaftskraft wurde zunächst durch den Vereinigungsboom und die Hoffnungen auf schon bald „blühende Landschaften“ überdeckt. Nach dem Abklingen dieses Booms geriet die Berliner Wirtschaft zudem in den Sog der trägen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Die Erosion der Wirtschaftskraft war von der Erosion der Steuerkraft begleitet. Zusätzliche Steuerausfälle mussten als Folge der umfangreichen steuerlichen Förderung der Investitionstätigkeit, vor allem im Immobiliensektor, hingenommen werden.²
- Es waren aber auch politische Versäumnisse, die Berlin in eine Finanzkrise geraten ließen. Viel zu lange hatte sich politisches Gestalten darin erschöpft, zusätzliche Mittel zu verteilen, viel zu spät hatte die Politik in Berlin das Sparen gelernt.

Beachtliche Konsolidierungserfolge nach 1995

Nur durch einen abrupten Kurswechsel konnte seinerzeit der finanzielle Kollaps vermieden werden. Bis zum Jahre 1995 war das Defizit im Landeshaushalt auf 11 Mrd. DM gestiegen; jede vierte Mark, die ausgegeben wurde, musste über Kredite finanziert werden (Tabelle 1). Seitdem sind die Defizite deutlich zurückgeführt worden, im Jahre 2000 belief sich der Fehlbetrag auf 5 Mrd. DM — und dies, obwohl konjunktureller Gegenwind blies und deshalb die Steuereinnahmen nur spärlich flossen.

Dass in den Jahren 1996 bis 2000 ein beachtlicher Konsolidierungserfolg erzielt wurde, lag zum einen daran, dass die Ausgaben um fast 6 % gesenkt worden sind — in den anderen Ländern sind sie im gleichen Zeitraum um 8 % gestiegen. Lässt man die Zinsausgaben außer Betracht, treten die Konsolidierungsbemühungen noch deutlicher hervor. Zum anderen hatte sich Berlin von einem großen Teil seines kurzfristig veräußerbaren Landesvermögens getrennt. Von 1997 bis 2000 sind durch den Verkauf des „Tafelsilbers“ — insbesondere von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung — reichlich 10 Mrd. DM in die Landeskasse geflossen. Diese Erlöse verminderten die Kreditaufnahme, wodurch wiederum Zinsausgaben vermieden werden konnten.

Ein wichtiger Schritt bei den Bemühungen um eine Senkung der Ausgaben war der Abbau des aufgeblähten Personalstands im Berliner Landesdienst. Von 1995 bis zum Jahre 2000 ist die Zahl der Beschäftigten — auf Vollzeitstellen umgerechnet — um 35 000 bzw. um ein Fünftel zurückgegangen. Unterstützt wurde der Konsolidierungsprozess durch äußerst moderate Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst. Per saldo sind die Personalausgaben in diesem Zeitraum gesunken, von 14,3 Mrd. DM auf 14 Mrd. DM. Einem stärkeren Rückgang stand die Tatsache entgegen, dass das altersbedingte Fluktuationspotential zum größten Teil aus Beamten besteht; sie erhalten ihre Altersbezüge aus dem Landeshaushalt und nicht von der Rentenversicherung. Die rückläufigen Sachaufwendungen erklären sich nicht nur durch Einsparungen beim Bürobedarf oder Unterhalt der Gebäude und Grundstücke, sondern auch dadurch, dass die Zuschüsse an die Hochschulen kräftig — von 3,1 Mrd. DM auf 2,5 Mrd. DM — gekürzt worden sind. Noch stärker wurde der Rotstift bei den Sachinvestitionen angesetzt, also dort, wo politische Widerstände gegen Kürzungen gering sind. Die Investitionen sind um über die Hälfte geschrumpft, und auch die Investitionszuschüsse an Unternehmen wurden um fast ein Drittel gesenkt.

Die Senkung der Ausgaben hatte zur Folge, dass sich der Abstand Berlins zu den beiden anderen Stadtstaaten merklich verringert hat. Inzwischen weist Berlin trotz seiner teilungsbedingten Lasten mit 12 067 DM sogar niedrigere Pro-Kopf-Ausgaben auf als Bremen (12 162 DM). Verglichen mit Hamburg beträgt der Unterschied noch 930 DM bzw. 8 %, nachdem 1995 die Pro-Kopf-Ausgaben in Berlin noch um 21 % höher lagen. Auch zeigt sich, dass Berlin in wichtigen Infrastrukturbereichen seine Ausstattungsvorsprünge abgebaut hat. An den Berliner Schulen wird inzwischen weniger Unterricht je Schüler erteilt als in Hamburg und Bremen. In den Kindergärten ist die Betreuungsintensität — bezogen auf die Gesamtzahl in der entsprechenden Altersgruppe — ähnlich hoch, doch liegt in Berlin die Zahl der Kinder, die einen Kindergarten besuchen, sehr viel höher. Wenn die personelle Betreuung der Studenten an den Hochschulen in Berlin intensiver ist, so kann dies darauf zurückgeführt werden, dass in der Hauptstadt eine breitere Palette an Studienfächern angeboten wird. Die Zahl der Studenten je 1 000 Einwohner variiert indes nur geringfügig.

Bei aller Problematik solcher Vergleiche gibt es gewichtige Gründe dafür, dass Berlin einen höheren Ausgabenbedarf reklamiert — so die teilungsbedingten Lasten, die Lasten als Hauptstadt wie auch (agglomerationsbeding-

² Zu Buche schlug insbesondere die Verrechnung von Verlustzuweisungen aus gewerblichen Beteiligungen, aus Engagements in Immobilienfonds sowie von Verlusten aus Vermietung und Verpachtung.

te) Lasten, die mit der Einwohnerzahl steigen.³ Doch ist Berlin am wenigsten in der Lage, diese Belastungen aus eigener Steuerkraft zu finanzieren, wie ein Vergleich der Pro-Kopf-Steuereinnahmen für das Jahr 2000 belegt: Während in Hamburg 863 DM zu Buche standen, waren es in Bremen 548 DM, in Berlin dagegen nur 502 DM. Diese Unterschiede reflektieren im Wesentlichen die Diskrepanzen in der Wirtschaftskraft.

Projektion der Einnahmen und Ausgaben bis 2005

Ein Blick in die Zukunft vermag zu helfen, den künftigen Handlungsbedarf der Berliner Finanzpolitik quantitativ und qualitativ zu umreißen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Entwicklung im Landeshaushalt nicht nur von den politischen Entscheidungen auf der Landesebene abhängt, sondern in hohem Maße von den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bestimmt wird. Die hier vorgelegte Vorausschätzung der Einnahmen und Ausgaben basiert auf den Annahmen, die die Bundesregierung ihrer mittelfristigen Zielprojektion zugrunde gelegt hat.

Zudem ist in Rechnung zu stellen, dass in den Jahren 2001, 2003 und 2005 erhebliche Steuerentlastungen wirksam werden, die auch von den Ländern und Gemeinden zu tragen sind.⁴

Es wird erwartet, dass auch im Projektionszeitraum Berlins Steuereinnahmen etwas schwächer als im Bundesdurchschnitt zunehmen, da die Stadt in der Entwicklung der Wirtschaftskraft weiter hinterherhinken wird, auch wenn sich der Abstand im Tempo etwas verringert. Als Puffer dienen die Mittel aus dem Länderfinanzausgleich. Unterstellt ist, dass der Solidarpakt II im Jahre

³ Dem zuletzt genannten Einflussfaktor stehen allerdings auch so genannte Größenvorteile bei der Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Leistungen gegenüber.

⁴ Gegenüber der Projektion, die im vergangenen Jahr vom DIW Berlin im Rahmen des Gutachtens für den DGB durchgeführt wurde, basiert die vorliegende Rechnung auf etwas ungünstigeren gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Zudem wurde eine noch restriktivere Ausgabenpolitik unterstellt, weil sich wegen der Auswirkungen der Krise um die Bankgesellschaft zusätzliche Belastungen ergeben, die aufgefangen werden müssen.

Tabelle 2

Projektion der Einnahmen und Ausgaben im Landeshaushalt Berlin bis 2005

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Veränderung 2005 zu 2000
	Mill. DM						%
Steuern u. Ä.	16 994	16 400	16 800	17 300	17 950	18 400	8,3
Länderfinanzausgleich i. e. S.	5 434	5 200	5 400	5 600	5 850	6 100	12,3
Ergänzungszuweisungen Bund	3 810	3 820	3 820	3 850	3 890	2 900	-23,9
Sonstige Zahlungen vom Bund	3 704	3 870	3 750	3 700	3 650	3 600	-2,8
Gebühren	1 328	1 380	1 430	1 480	1 530	1 580	19,0
Einnahmen aus wirtsch. Tätigkeit	1 301	1 000	1 000	1 000	1 000	1 000	-23,1
Veräußerung von Sachvermögen	603	600	550	550	550	550	-8,8
Veräußerung von Beteiligungen	757	500	550	550	550	550	-27,3
Sonstige	1 943	2 000	2 050	2 100	2 160	2 220	14,3
Einnahmen insgesamt	35 874	34 770	35 350	36 130	37 130	36 900	2,9
Personalausgaben	13 979	14 020	14 080	14 150	14 250	14 350	2,7
Laufender Sachaufwand	10 054	9 970	9 920	9 870	9 820	9 770	-2,8
Zinsausgaben	3 839	4 100	4 650	4 970	5 260	5 510	43,5
Laufende Übertragungen	8 437	8 410	8 360	8 280	8 200	8 120	-3,8
Unterstützungen	3 047	3 030	3 000	2 950	2 900	2 850	-6,5
an Unternehmen	3 594	3 580	3 560	3 540	3 520	3 500	-2,6
an soziale Einrichtungen	1 098	1 100	1 090	1 070	1 050	1 030	-6,2
Sonstige	698	700	710	720	730	740	6,0
Sachinvestitionen	848	830	800	770	740	720	-15,1
Vermögensübertragungen	2 269	2 200	2 100	2 000	1 900	1 850	-18,5
Darlehen, Beteiligungen	1 315	1 300	1 250	1 200	1 150	1 100	-16,3
Tilgungsausgaben an den Bund	127	100	100	90	80	70	-44,9
Kapitalzuführung Bankgesellschaft	-	4 000	-	-	-	-	X
Ausgaben insgesamt	40 868	44 930	41 260	41 330	41 400	41 490	1,5
Ausgaben ohne Zinsausgaben	37 029	40 830	36 610	36 360	36 140	35 980	-2,8
Finanzierungssaldo	-4 994	-10 160	-5 910	-5 200	-4 270	-4 590	-8,1

Quelle: Schätzungen und Berechnungen des DIW.

2005 quantitativ in einer ähnlichen Größenordnung wie bisher fortgeführt wird und mögliche Veränderungen bei der „Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisung (BEZ)“ oder der BEZ „Politische Führung“ über die Umsatzsteuerverteilung vom Bund an die Gesamtheit der Länder zurückgegeben wird. Bei der Veräußerung von Sachvermögen und Beteiligungen ist in Zukunft mit deutlich geringeren Erlösen zu rechnen, da ein Großteil der lukrativen Beteiligungen bereits veräußert ist. Alles in allem werden nach der hier vorgelegten Schätzung die Einnahmen bis zum Jahre 2005 nur geringfügig — um knapp 3 % — steigen (Tabelle 2).

Während die Einnahmenseite von den lokalen Entscheidungsträgern nur in relativ engen Grenzen beeinflusst werden kann — neben der wirtschaftlichen Entwicklung spielt eine Rolle, dass ein einzelnes Land bei steuerpolitischen Entscheidungen nur über den Bundesrat mitwirken kann —, ist der Spielraum auf der Ausgabenseite größer, auch wenn die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst „exogen“ vorgegeben sind. Diese Abschlüsse werden mit einer Rate von knapp 2 % jährlich veranschlagt; auch wird angenommen, dass der Personalstand um reichlich 1 % bzw. 2.000 Vollzeitkräfte jährlich abgebaut wird. Insbesondere im administrativen Bereich — Bauverwaltung, Sozialverwaltung, Politische Führung und zentrale Verwaltung — sind noch Kürzungspotentiale zu vermuten. Beim laufenden Sachaufwand und weit stärker noch bei den Investitionsausgaben wird eine weiterhin rückläufige Entwicklung unterstellt. Infolge der Haushaltsnöte wird die Stadt vor allem hier ihre Ausgaben kürzen, da es sich vielfach um Projekte handelt, die nicht auf gesetzlichen Verpflichtungen beruhen. Für die Wirtschaftskraft Berlins hätte dies aber fatale Konsequenzen. Auch bei den Unterstützungen sind Kürzungen zu erwarten. Hingegen ist die Höhe der Schuldendiensthilfen für den Wohnungsbau — sie stellen zinsgleiche Aufwendungen dar — nicht veränderbar, sie ist durch die wohnungsbaupolitischen Entscheidungen in der Vergangenheit bestimmt: Die Investoren im sozialen Wohnungsbau erhalten für die aufgenommenen Kredite — insgesamt etwa 35 Mrd. DM — Zinszuschüsse aus dem Landeshaushalt.

Alles in allem wird in der Projektion der mittelfristigen Haushaltsentwicklung in Berlin eine sehr restriktive Ausgabenpolitik unterstellt. Dennoch bewegen sich die Defizite nach 10 Mrd. DM in diesem Jahr in einer Größenordnung von jährlich 5 Mrd. DM. Hieraus errechnen sich bei den Zinsausgaben bei einem unterstellten Kapitalmarktzins von reichlich 5 % jährliche Mehrbelastungen von 300 bis 500 Mill. DM. Das heißt aber auch: Die Mehrbelastungen schränken den Spielraum auf der Ausgabenseite zusätzlich ein. Einschließlich der Zinsausgaben steigen die Ausgaben in dieser Projektion bis 2005 um knapp 2 %. Ohne Zinsausgaben errechnet sich ein Minus von knapp 2 % — hierin spiegelt sich das Ausmaß der unterstellten Restriktion auf der Ausgabenseite.

Fazit

Die hier vorgelegte Projektion der Berliner Finanzen bis zum Jahre 2005 verdeutlicht die dramatische Lage, in der sich der Landeshaushalt befindet. Trotz beachtlicher Anstrengungen auf der Ausgabenseite ist es in den vergangenen fünf Jahren nicht gelungen, die Fehlbeträge auf ein erträgliches Maß zurückzuführen; die zusätzlichen Belastungen im Zusammenhang mit der Bankgesellschaft tun ein Übriges. War schon dieser rigide Kurs mit erheblichen Opportunitätskosten verbunden — nicht von ungefähr bildet Berlin seit geraumer Zeit das Schlusslicht in der wirtschaftlichen Entwicklung —, so dürften sich bei einer Fortsetzung die Kosten, vor allem in Form zunehmender sozialer Probleme, merklich erhöhen. Doch zur Fortsetzung der Sparpolitik gibt es keine Alternative.

Selbst bei dem hier unterstellten Sparszenario wird Berlin im Jahre 2005 wohl von allen Ländern (und ihren Gemeinden) mit Abstand am höchsten verschuldet sein. Der Schuldenberg dürfte dann auf etwa 100 Mrd. DM angewachsen sein (2000: 70 Mrd. DM). Pro Kopf der Bevölkerung wären dies 29.500 DM. Obwohl Berlin dann voraussichtlich deutlich niedrigere Pro-Kopf-Ausgaben als Hamburg und Bremen aufwiese, wäre die Verschuldung in der Hauptstadt sehr viel höher. Die Zins-Steuer-Quote belief sich auf 30 % und wäre so hoch wie in keinem anderen Land; unter Einbeziehung der zinsgleichen Aufwendungen für den Wohnungsbau errechneten sich sogar 40 %. Hingegen wäre die Investitionsquote so niedrig wie nirgendwo anders. Die investiven Mittel würden kaum mehr ausreichen, alle notwendigen Ersatzinvestitionen zur Substanzsicherung zu finanzieren. Infolge der Haushaltsnöte muss die Stadt ihre Anstrengungen zur Standortverbesserung im nationalen wie auch im internationalen Rahmen noch stärker einschränken. Dies trägt nicht dazu bei, die wirtschaftlichen Perspektiven der Stadt zu verbessern — im Gegenteil. Zwar ist eine gute Infrastrukturausstattung in einer Region kein Garant für einen wirtschaftlichen Aufholprozess, wohl aber eine notwendige Bedingung. Nicht nur fehlen der Stadt die Mittel, um der regionalen Wirtschaftsentwicklung Impulse zu geben. Auch kann Berlin seine „weichen“ Standortfaktoren (z. B. Wissenschaft, Bildung, Kultur) nicht ausreichend pflegen, um im Standortwettbewerb aufzuholen. Zudem gehen vom Sparkurs in erheblichem Maße dämpfende Effekte auf die regionale Nachfrage und den Arbeitsmarkt aus.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird Berlin seine Finanzprobleme aus eigener Kraft nicht lösen können. Trotz der Annahme einer äußerst sparsamen Ausgabenpolitik weist die Projektion für das Jahr 2005 noch ein Defizit von 4½ Mrd. DM auf. Auch ohne Berücksichtigung der finanziellen Folgen der Bankenkrise für die Stadt verbleibt noch ein Defizit in der Größenordnung von 4 Mrd. DM; das sind etwa 10 % des Haushaltsvolumens. Selbst dies wäre für Berlin allein kaum zu schultern.

Eine wichtige Frage ist, in welchem Umfang der Bund bereit ist, sich an den Leistungen zu beteiligen, die Berlin als Hauptstadt bereitstellt. Hierbei geht es nicht nur um die Vielzahl von repräsentativen kulturellen Einrichtungen, es geht z. B. auch um die Finanzierung von Verkehrssystemen. Die Mittel, die bisher aus dem Bundeshaushalt geflossen sind, gleichen eher einem Tropfen auf den heißen Stein. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Erfahrungen in anderen Ländern⁵ ist auch hier ein grundlegendes Umdenken dringend erforderlich.

Bisher ist in Berlin die Frage, ob die Stadt angesichts seiner desolaten Finanzlage einen Anspruch auf Ergänzungszuweisungen des Bundes zur Linderung einer Haushaltsnotlage hat, weitgehend tabuisiert worden. Freilich war Berlin gut beraten, zunächst auf eigenes Handeln zu setzen, um sich aus dem Finanzierungsdilemma zu befreien. Angesichts der dramatischen Finanzlage muss dies in Zukunft zu einem zentralen Thema werden. Es gibt keinen „Automatismus“, mit dem ein Anspruch auf solche Hilfen begründet werden kann. Im Prinzip stehen zwei Wege offen, nämlich Verhandlungen mit dem Bund oder der Weg nach Karlsruhe. Gegenwärtig erhalten das Saarland und Bremen solche Hilfen, die sich beide Länder vor dem Bundesverfassungsgericht erstritten hatten. Eine

Notlage sah das Gericht als erwiesen an, weil die Kreditfinanzierungsquote bzw. die Zins-Steuer-Quote weit über dem Durchschnitt aller Länder lag. Gemessen an diesen Indikatoren könnte Berlin bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt — wobei die zusätzlichen Belastungen aus der Krise der „Bankgesellschaft“ ausgeklammert blieben — einen Anspruch auf solche Hilfen geltend machen (Tabelle 3).⁶ Freilich wäre die Akzeptanz in der Öffentlichkeit für einen solchen Schritt höher, wenn die Hauptstadt zunächst den konsequenten Sparkurs fortsetzte. Dessen ungeachtet hat Berlin bereits in den letzten Jahren Sparanstrengungen unternommen, wie sie von Bremen und dem Saarland trotz Sanierungsprogrammen in der Vergangenheit nicht erbracht worden sind.

⁵ Als ein Beispiel mag Wien dienen, wo die zentralen kulturellen Einrichtungen ausschließlich vom Bund finanziert werden, als ein anderes Washington, D.C., dessen Haushalt fast zur Hälfte von der zentralen Ebene finanziert wird und dessen Pro-Kopf-Ausgaben im Übrigen mehr als doppelt so hoch sind wie im Durchschnitt der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften.

⁶ Die Zins-Steuer-Quote, die unter Einschluss der Mittel aus dem Finanzausgleich errechnet wird, liegt dem Entwurf des Maßstabgesetzes der Bundesregierung zugrunde.

Tabelle 3

Indikatoren zur Verschuldung der Länder (einschließlich Gemeinden) im Jahre 2000

	Zins-Steuer-Quote in %		Kreditfinanzierungsquote ³⁾ in %	Pro-Kopf-Verschuldung in DM
	ohne ¹⁾ Finanzausgleich	einschließl. ²⁾		
Baden-Württemberg	6,5	6,9	86,6	6 828
Bayern	4,7	5,0	61,7	4 883
Brandenburg	13,7	10,3	122,7	11 001
Hessen	8,7	10,2	107,9	9 516
Mecklenburg-Vorpommern	14,5	10,6	111,9	10 440
Niedersachsen	13,3	12,5	141,7	10 456
Nordrhein-Westfalen	11,3	11,6	139,3	11 058
Rheinland-Pfalz	13,4	12,3	147,6	10 950
Saarland	18,7	16,9	166,6	13 117
Sachsen	9,1	6,6	79,4	6 847
Sachsen-Anhalt	15,7	11,4	135,4	12 407
Schleswig-Holstein	15,3	14,4	166,3	12 503
Thüringen	14,2	10,3	123,2	11 060
Berlin	22,6	14,9	160,1	19 319
Bremen	27,6	22,4	206,7	25 136
Hamburg	13,1	14,2	171,2	19 075
Insgesamt	10,6	10,7	119,0	9 924

¹⁾ Zinsausgaben in % der Steuereinnahmen. — ²⁾ Einschließlich Mittel aus Länderfinanzausgleich, Fehlbetrags- und Übergangs-Ergänzungszuweisungen des Bundes. — ³⁾ Kreditmarktschulden in % der Ausgaben.
Quellen: Statistisches Bundesamt (Vierteljährliche Kassenergebnisse); Berechnungen des DIW.

Anhaltend hohe Dynamik beim Export nach Nordamerika

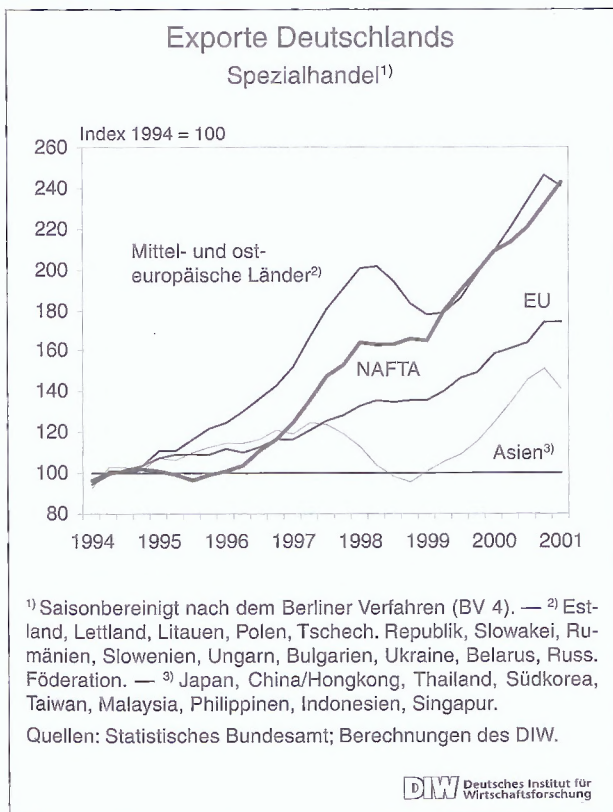
Begünstigt vom hohen Wirtschaftswachstum in der North American Free Trade Association (NAFTA)¹ war der deutsche Export dorthin im Jahre 2000 boomartig gestiegen. Die nominalen Werte in D-Mark übertrafen das Vorjahresniveau um 18 %, preisbereinigt dürften dies etwa 13 % gewesen sein.² Die im Spätherbst 2000 einsetzende Wachstumsverlangsamung in den USA³, dem wichtigsten Handelspartner in der NAFTA, hat die deutschen Exporte bisher nicht nennenswert beeinträchtigt. Die Lieferungen in die NAFTA haben im Winterhalbjahr 2000/2001 mit nahezu unvermindertem Tempo zugenommen. Dabei dürfte die hohe Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportunternehmen eine Rolle gespielt haben. Diese haben insbesondere von der anhaltenden Schwäche des Euro gegenüber dem US-Dollar profitiert. Darüber hinaus konnten sie durch hohe Direktinvestitionen ihre Absatzchancen verbessern.

Die deutschen Exporte in die NAFTA haben sich im Zeitraum 1994 bis 2000 in der Grundtendenz ähnlich dynamisch entwickelt wie die in die mittel- und osteuropäischen Länder (Abbildung 1). Ausschlaggebend war auch hier das kräftige Wachstum in diesen Ländern. Die Exporte in die wachstumsschwächeren Regionen EU und Ostasien haben dagegen deutlich verhaltener zugenommen. Die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in Mittel- und Osteuropa sowie in Asien blieb nicht ohne Folge für die deutschen Exporte dorthin, im ersten Quartal waren sie deutlich rückläufig (saisonbereinigt um 2,2 % bzw. 6,7 % gegenüber dem Vorquartal).

Vor dem Zusammenschluss der drei nordamerikanischen Staaten war erwartet worden, dass der Handel zwischen diesen Ländern stark zunehmen würde — zulasten von anderen Handelspartnern. Tatsächlich haben die Importe aus Deutschland ebenso zügig wie der Intrahandel der NAFTA expandiert (Abbildung 2). Auch die Lieferungen aus den übrigen Ländern der EWU haben fast ebenso stark zugenommen wie der Intrahandel. Das deutliche Zurückfallen Großbritanniens in den Jahren 1998 und 1999 dürfte auf die Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit durch die Aufwertung des britischen Pfundes zurückzuführen sein. Bemerkenswert ist, dass die Importe aus Japan und China, den beiden wichtigsten Importländern der NAFTA, seit 1994 wesentlich langsamer gestiegen sind als die Importe aus Europa.⁴

Der Absatzmarkt in Nordamerika hat ein Potential wie der EU-Binnenmarkt. Daher ist es bei dem hohen Wachstumstempo in der NAFTA für die deutschen Unternehmen wichtig, dort vertreten zu sein. Auch die deutschen Direktinvestitionen sind seit der Gründung der NAFTA sprunghaft ausgeweitet worden (Abbildung 3).⁵

Abbildung 1



¹ Die NAFTA trat am 1.1.1994 zwischen den Ländern USA, Kanada und Mexiko in Kraft. Vgl. <http://www-tech.mit.edu/Bulletins/nafta.html>

² Preisindizes für Exporte in einzelne Länder werden vom Statistischen Bundesamt nicht nachgewiesen.

³ USA-Wirtschaft im Abschwung — Wirtschaftspolitik steuert gegen. Bearb.: Ulrich Fritsche. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 24/2001.

⁴ Die Anteile von Japan und China/Hongkong am Import der NAFTA lagen 1999 bei 11 % bzw. 8 %. Deutschland hatte einen Anteil von 5 %.

⁵ Von den Direktinvestitionen gehen sowohl komplementäre als auch substitutive Einflüsse auf den Export aus; dies ist in den einzelnen Branchen unterschiedlich und hängt weitgehend vom Aufbau einer eigenen Produktion ab. In den sieben Jahren seit der Gründung der NAFTA sind die Exporte und die Direktinvestitionen erheblich kräftiger gestiegen als in den vorangegangenen 14 Jahren. Durch externe Finanzierung könnten die Direktinvestitionen generell noch stärker zugenommen haben. Dieses wird in der Statistik nicht nachgewiesen. Vgl. <http://www.bundesbank.de/monatsbericht/erg/disk0297.html>, S. 4.

Abbildung 2

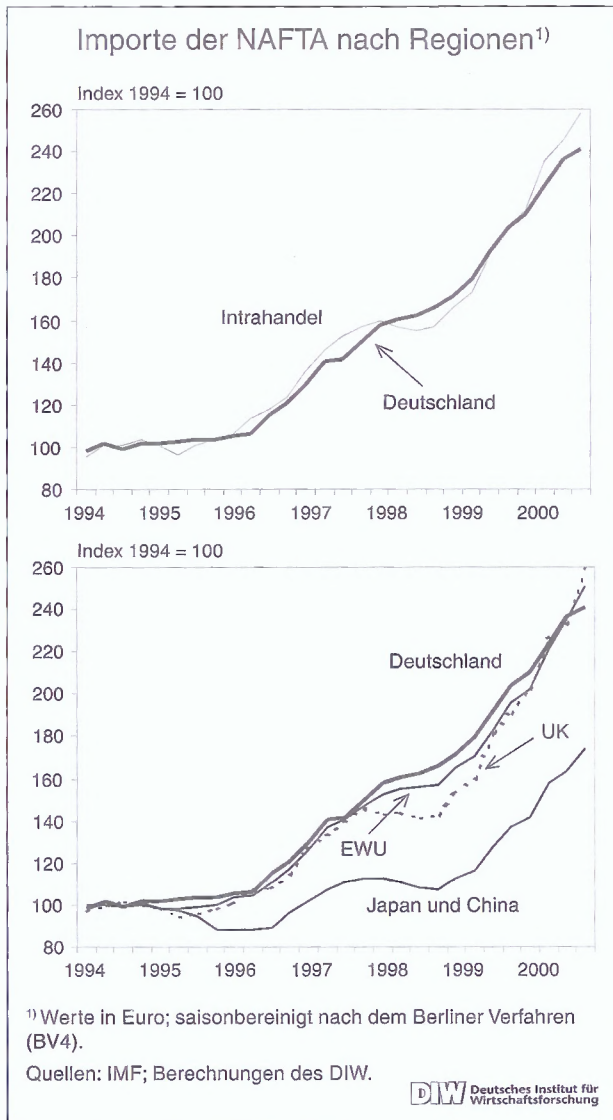
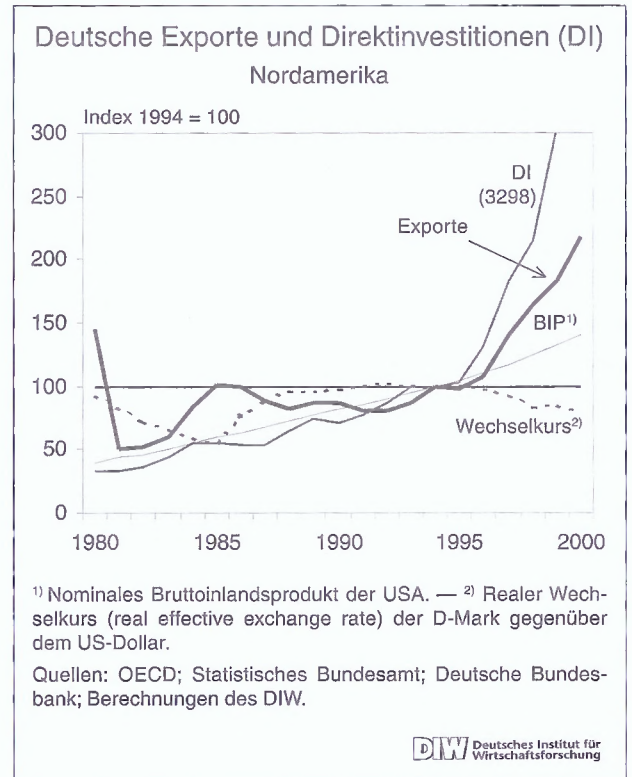


Abbildung 3



Ausgangsniveaus im Jahre 1994 gleichwohl Jahr für Jahr vergrößert (Abbildung 4). Während der Asienkrise hatten die Importe anders als die Exporte noch verhalten zugenommen. Nach dem steilen Anstieg im Jahre 2000 sind die Importe im ersten Quartal dieses Jahres aus allen drei NAFTA-Ländern merklich gesunken.

Während der Überschuss im Warenverkehr kräftig zunahm, hat sich zugleich das Defizit in der Dienstleistungsbilanz seit 1994 merklich erhöht. Bei den Dienstleistungen, die in einem engeren Zusammenhang mit dem Warenverkehr stehen — wie den Transportleistungen, den Versicherungen und den Bankprovisionen —, wird zwar weiterhin ein Überschuss erzielt, er hat in den letzten drei Jahren aber stagniert. Der hohe Fehlbetrag im Reiseverkehr ist im Jahre 2000 sogar merklich zurückgegangen. Das Defizit bei den übrigen Dienstleistungen, das sind insbesondere technologische Dienstleistungen (u. a. Patente und Lizenzgebühren), ist dagegen stetig gestiegen.

Steigende deutsche Kapitalanlagen

Die NAFTA-Länder sind nach der EU die wichtigste Region für deutsche Kapitalanlagen (Tabelle 2). In allen drei Teilbilanzen der Kapitalverkehrsbilanz zeigt sich eine starke Zunahme der deutschen Anlagen in der NAFTA; dabei

Anhaltend hoher Überschuss in der Leistungsbilanz

Im Handel mit Nordamerika erzielt Deutschland seit langem einen hohen Überschuss in der Leistungsbilanz. Seit der Gründung der NAFTA ist dieser in der Grundtendenz gestiegen und erreichte im Jahre 2000 etwa 35 Mrd. DM (Tabelle 1); das sind 0,9 % des nominalen deutschen Bruttoinlandsprodukts. Der Überschuss entspricht in der Größenordnung dem positiven Saldo im Warenverkehr. Bemerkenswert ist, dass trotz der gewaltig gestiegenen deutschen Kapitalanlagen in der NAFTA die Erwerbs- und Vermögenseinkommen in den Jahren 1998 und 1999 stagnierten und im Jahre 2000 sogar leicht gesunken sind.

Die Warenimporte aus der NAFTA sind seit 1994 kaum langsamer gestiegen als die Exporte. Absolut hat sich der Abstand wegen des um knapp 14 Mrd. DM niedrigeren

Tabelle 1

Leistungsbilanz Deutschlands mit der NAFTA
in der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik
Mrd. DM

	Warenverkehr ¹⁾ (fob)					Dienstleistungsverkehr ²⁾			Erwerbs- u. Vermö- gensein- kommen	Über- tragungs- bilanz	Leis- tungs- bilanz
	Ausfuhr		Einfuhr		Saldo	Ein- nahmen	Aus- gaben	Saldo			
	Werte	Verän- derung ³⁾	Werte	Verän- derung ³⁾					Saldo		
1994	61,8	15,5	48,1	9,5	13,7	20,6	20,3	0,2	10,6	-2,0	22,5
1995	60,9	-1,5	50,2	4,4	10,7	18,6	21,2	-2,6	1,6	-2,4	7,4
1996	67,0	10,0	54,0	7,6	13,0	21,3	24,1	-2,8	9,3	-1,9	17,6
1997	87,6	30,8	63,9	18,3	23,8	28,0	31,4	-3,4	9,7	-2,7	27,3
1998	102,7	17,2	73,6	15,3	29,1	26,1	34,4	-8,2	10,0	-2,4	28,5
1999	114,6	11,6	79,9	8,6	34,7	28,2	38,5	-10,3	8,7	-2,4	30,6
2000	135,1	17,9	98,4	23,2	36,7	35,6	43,1	-7,5	7,3	-1,3	35,1
2000 1. Quartal	33,0	4,9	22,6	6,3	10,4	8,8	10,6	-1,8	2,7	-0,4	11,0
2. Quartal	33,2	0,8	24,1	6,5	9,1	8,5	11,2	-2,7	1,6	-0,1	7,8
3. Quartal	34,0	2,4	25,2	4,6	8,8	9,2	10,7	-1,5	2,8	-0,4	10,3
4. Quartal	34,9	2,6	26,5	7,7	8,4	9,1	10,5	-1,3	0,2	-0,3	6,3
2001 ⁴⁾ 1. Quartal	35,7	2,3	25,6	-3,4	10,1	9,0	10,4	-1,4	0,5	-0,4	8,8
darunter: Leistungsbilanz Deutschlands mit den USA											
1994	53,2	16,3	43,3	9,6	9,8	19,0	18,6	0,4	7,7	-1,5	16,5
1995	53,6	0,8	44,3	2,2	9,3	17,3	19,4	-2,1	-0,3	-1,8	5,2
1996	59,0	10,2	48,6	9,7	10,5	19,8	22,2	-2,4	6,7	-1,3	13,4
1997	75,7	28,2	57,8	19,1	17,9	26,1	29,2	-3,1	6,9	-2,1	19,5
1998	88,7	17,1	66,6	15,1	22,1	24,2	32,0	-7,8	7,4	-1,8	19,9
1999	99,8	12,6	72,7	9,2	27,1	26,1	36,2	-10,1	7,1	-1,8	22,3
2000	117,1	17,4	89,6	23,3	27,5	32,0	40,0	-7,9	6,2	-0,8	25,0
2000 1. Quartal	28,6	6,0	20,4	5,6	8,2	7,8	9,3	-1,5	2,7	-0,3	9,1
2. Quartal	28,7	0,3	21,7	6,4	7,0	7,7	10,3	-2,6	1,2	-0,1	5,5
3. Quartal	29,5	2,8	23,0	5,9	6,5	8,3	9,9	-1,6	2,4	-0,2	7,1
4. Quartal	30,3	2,7	24,5	6,5	5,8	8,2	10,5	-2,3	-0,1	-0,2	3,2
2001 ⁴⁾ 1. Quartal	31,1	2,6	23,7	-3,3	7,4	8,0	10,2	-2,2	0,5	-0,2	5,5

¹⁾ Einschließlich der Ergänzungen zum Warenverkehr, abzüglich Fracht- und Versicherungskosten; einschl. Transithandel. — ²⁾ Einschließlich Fracht- und Versicherungskosten der Einfuhr. — ³⁾ Gegenüber dem Vorjahr bzw. Vorquartal in Prozent. — ⁴⁾ Schätzung des DIW.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des DIW.

stehen Kreditgewährung, aber auch Direktinvestitionen in engem Zusammenhang mit dem Waren- und Dienstleistungsverkehr. Die Kreditgewährung gegenüber der NAFTA hatte im Jahre 2000 nach einem sprunghaften Anstieg auf 65 Mrd. DM eine ähnliche Größenordnung wie die Gewährung von Krediten an die Handelspartner in der EU.

Die Direktinvestitionen des verarbeitenden Gewerbes in der NAFTA waren in den letzten Jahren massiv gestiegen. Dabei spielt das Motiv der Absatzsicherung⁶ eine wichtige Rolle. Durch die Bildung der NAFTA hat dies noch an Bedeutung gewonnen, weil es für die Unternehmen von Vorteil ist, auf diesem großen Binnenmarkt präsent zu sein. In den Branchen, bei denen der Markt von wenigen großen Unternehmen beherrscht wird, werden Direktinvestitionen überwiegend durch Fusionen oder durch Errichtung von Produktionsstätten getätigt. Bekanntestes Beispiel ist die Übernahme von Chrysler. Anders ist die Situation im Maschinenbau, wo eine Vielzahl von Anbietern sich im Wesentlichen durch Spezialisierung, Qualität

und Service unterscheidet. Hier ist zwar ebenfalls die Präsenz im Ausland unabdingbar. Das Gros der Vertriebs- und Servicestationen dürfte aber bereits in den 80er Jahren aufgebaut worden sein. Die Direktinvestitionen des Maschinenbaus haben seit 1994 nicht weiter zugenommen. Gewichtige Branchen für Direktinvestitionen in der NAFTA sind auch die Chemie und die Elektroindustrie. Auch hier waren die Zuwächse in den 90er Jahren groß.

Die deutschen Wertpapieranlagen in der NAFTA sind zwar bis zum Jahre 2000 kräftig gestiegen, sie haben aber im Vergleich mit den entsprechenden Anlagen in der EU ein geringeres Gewicht. Im Durchschnitt der Jahre 1994 bis 2000 wurden in der EU 151 Mrd. DM angelegt, in der NAFTA waren es nur 23 Mrd. DM.

⁶ Vgl. Markus Wilhelm: Motive deutscher und ausländischer Direktinvestitionen. In: Ifo Schnelldienst, Nr. 16/1996.

Abbildung 4

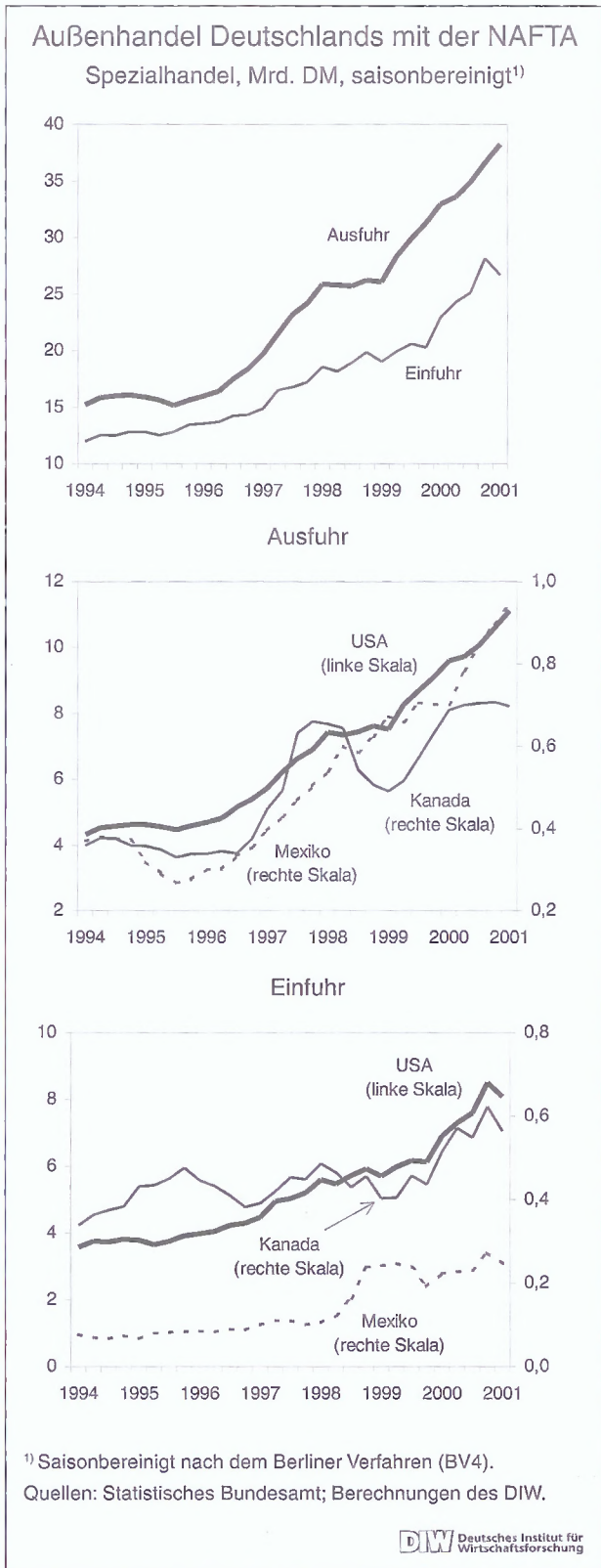


Tabelle 2

Kapitalverkehr Deutschlands mit der NAFTA
in der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik
Mrd. DM

	Deutsche Kapitalanlagen		Netto-kapital-anlagen der NAFTA in Deutsch-land ²⁾	Saldo
	NAFTA ¹⁾	nach-richtlich: EU ¹⁾		
	Insgesamt			
1994	-8,0	-63,2	9,8	1,8
1995	-27,2	-78,7	27,6	0,4
1996	-40,3	-86,5	25,1	-15,2
1997	-80,6	-211,2	41,0	-39,6
1998	-106,5	-357,5	83,6	-22,9
1999	-121,9	-509,5	96,5	-25,4
2000	-164,3	-409,4	2,4	-161,9
	Direktinvestitionen			
1994	-4,7	-14,6	0,0	-4,7
1995	-10,1	-32,6	-2,7	-12,8
1996	-22,4	-36,9	-2,2	-24,6
1997	-21,8	-27,1	4,0	-17,8
1998	-86,5	-47,5	3,4	-83,1
1999	-60,2	-119,1	1,9	-58,3
2000	-52,7	-6,5	5,7	-47,0
	Wertpapieranlagen			
1994	-8,0	-59,6	5,4	-2,6
1995	-5,7	-16,6	3,1	-2,6
1996	-14,6	-30,3	17,8	3,2
1997	-29,1	-114,2	12,5	-16,6
1998	-13,5	-210,4	54,5	41,0
1999	-42,9	-291,8	11,4	-31,5
2000	-46,7	-334,2	-42,1	-88,8
	Kreditgewährung			
1994	4,7	11,0	6,6	11,3
1995	-11,5	-29,5	20,5	9,0
1996	-3,4	-19,3	3,8	0,4
1997	-30,2	-69,9	28,0	-2,2
1998	-6,4	-99,6	26,0	19,6
1999	-18,8	-98,6	66,7	47,9
2000	-65,0	-68,7	45,9	-19,1

¹⁾ Zunahme/Kapitalausfuhr: (-). — ²⁾ Zunahme/Kapitaleinfuhr: (+).
Quelle: Deutsche Bundesbank.

Kraftfahrzeugindustrie wichtigste Exportbranche

Die Industrie in Deutschland ist durch die vier großen Exportbranchen geprägt:⁷ Kraftfahrzeugindustrie, Maschinenbau, Elektroindustrie und Chemie. Sie sind mit rund zwei Dritteln am Export in die NAFTA beteiligt. Der Anteil

⁷ Indikatorenbericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands — 2000. Vgl. <http://www.niw.de/aktuell/indi2000/kapitel5.pdf>

Tabelle 3

Struktur des deutschen Außenhandels mit der NAFTA

	Anteile in %						Veränderungen in % gegenüber Vorjahresperiode					
	1980	1990	1994	1998	1999	2000 ¹⁾	1999	2000	1999		2000 ¹⁾	
									1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Ausfuhr												
Ernährungsgüter	2,8	2,5	2,0	1,5	1,5	1,4	8,4	15,9	1,4	15,0	15,7	16,1
Rohstoffe, Halbwaren	4,4	2,9	3,8	2,4	2,6	2,8	21,4	27,0	3,6	32,2	40,7	15,9
Fertigwaren-Vorerzeugnisse	12,8	12,8	12,8	10,4	9,7	10,5	4,2	29,1	-4,6	13,3	31,7	26,8
darunter:												
Sonstige chemische Erzeugnisse	4,2	4,2	3,8	3,2	3,0	2,9	2,0	17,6	-5,8	10,3	16,4	18,7
Stahlröhren, Eisen, Blech	3,7	2,6	2,6	1,8	1,4	1,7	-15,4	49,6	-18,1	-12,8	54,8	45,1
Fertigwaren-Enderzeugnisse	79,3	81,5	81,0	85,0	85,7	84,9	12,7	18,3	7,3	18,0	21,6	15,3
darunter:												
Maschinenbauerzeugnisse	19,8	20,3	20,9	20,0	17,9	17,1	0,2	13,9	0,1	0,4	14,0	13,8
ADV-Geräte	1,6	2,2	2,5	1,6	1,7	1,8	24,2	20,9	-0,1	51,0	29,3	14,7
Elektrotechnische Erzeugnisse	7,2	9,4	11,1	10,0	10,5	11,4	16,9	30,0	9,7	23,7	31,6	28,6
Feinmech. u. optische Erzeugnisse	3,0	3,7	3,6	3,2	3,3	3,4	14,2	24,0	11,0	17,1	21,8	25,8
Pharmazeut. u. kosmet. Erzeugnisse	1,7	2,4	3,9	6,9	7,3	5,1	18,8	-16,1	12,2	25,4	-7,1	-24,2
Luftfahrzeuge	0,5	3,1	3,3	6,2	6,5	8,0	17,3	47,6	-4,2	36,8	57,1	41,5
Kraftfahrzeuge	35,2	28,0	24,3	27,7	29,2	28,9	17,6	18,1	12,5	22,8	24,6	12,1
Sonstige	0,7	0,4	0,3	0,7	0,5	0,4	-22,8	-0,9	-20,2	-6,3	-7,7	4,7
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	11,7	19,4	5,6	17,7	22,9	16,4
nachrichtlich:												
Insgesamt in Mrd. DM	25,9	54,5	63,1	103,3	115,4	137,9						
Einfuhr												
Ernährungsgüter	18,4	6,3	6,2	4,6	3,8	3,2	-10,9	6,5	-16,6	-4,2	-6,5	20,0
Rohstoffe, Halbwaren	21,4	14,4	10,1	7,9	6,5	6,7	-12,1	30,0	-23,1	0,4	28,4	31,4
Fertigwaren-Vorerzeugnisse	10,0	9,8	8,6	8,4	7,6	7,8	-3,4	30,1	-12,2	6,3	31,0	29,3
darunter:												
Sonstige chemische Erzeugnisse	4,0	3,1	2,9	3,0	2,9	3,7	1,4	61,8	-11,5	15,4	57,3	65,6
Stahlröhren, Eisen, Blech	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,7	74,3	3,9	-2,7	31,8	121,6
Fertigwaren-Enderzeugnisse	49,2	67,7	72,4	77,3	80,3	80,6	11,1	26,4	13,1	9,1	23,7	29,1
darunter:												
Maschinenbauerzeugnisse	6,4	7,7	7,6	9,1	9,2	9,2	7,2	27,0	0,2	14,8	25,3	28,5
ADV-Geräte	7,5	11,5	14,1	11,4	12,0	10,3	13,1	8,2	10,0	16,0	7,1	9,2
Elektrotechnische Erzeugnisse	10,2	12,4	17,7	17,2	18,2	19,6	13,2	35,9	8,5	17,4	30,9	40,2
Feinmech. u. optische Erzeugnisse	2,3	3,6	4,2	4,7	4,9	4,9	13,3	25,8	5,8	20,7	29,1	23,0
Pharmazeut. u. kosmet. Erzeugnisse	1,0	2,3	3,2	3,9	3,9	3,8	9,0	20,4	8,3	9,8	24,0	17,3
Luftfahrzeuge	4,8	13,5	10,8	14,8	16,7	18,1	20,3	37,3	49,2	-1,7	44,7	28,7
Kraftfahrzeuge	1,7	4,8	5,4	7,0	7,4	5,7	11,5	-2,7	43,6	-15,7	-16,3	17,0
Sonstige	1,1	1,8	2,7	1,8	1,7	1,6	0,8	19,1	26,0	-20,1	-7,2	54,3
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	6,8	26,0	6,5	7,1	22,7	29,3
nachrichtlich:												
Insgesamt in Mrd. DM	29,9	42,4	49,9	74,7	79,8	100,6						

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

der Fertigwaren-Enderzeugnisse an der Ausfuhr hat sich seit 1994 um vier Prozentpunkte auf 85 % erhöht (Tabelle 3). Die Kraftfahrzeugindustrie hat ihren Anteil am Export in die NAFTA, der 1994 rund 24 % betrug, weiter ausgebaut und erreichte im Jahre 2000 29 %. Durch den Aufbau von Produktionsstätten hat der intra-industrielle Handel insbesondere mit Mexiko sprunghaft zugenom-

men. Es werden Teile wie Schaltgetriebe und Karosserien für die industrielle Montage exportiert.

Der Maschinenbau hat seine Position als zweitwichtigste Exportbranche behauptet. Im Gegensatz zur Kraftfahrzeugindustrie, wo die Exporte von neuen Personenkraftwagen mit reichlich 80 % zum gesamten Export dieser

Branche beitragen, verteilt sich der Export des Maschinenbaus auf viele kleine Positionen. Bei den Exporten von Werkzeugmaschinen lässt sich ein komplementärer Effekt der deutschen Direktinvestitionen im Kraftfahrzeugbereich nachweisen: Mexiko importiert in größerem Umfang hydraulische Pressen und Maschinenzentren. Die Zuwachsraten für die Exporte des Maschinenbaus waren im Zeitraum 1994 bis 2000 nur unterdurchschnittlich, so dass der Anteil dieser Branche am Export der NAFTA von 21 % auf 17 % zurückgegangen ist.

Überraschend dynamisch war die Exportentwicklung der Elektroindustrie, der drittgrößten Branche. Sie hat davon profitiert, dass bei einzelnen Produkten, insbesondere solchen zur Stromerzeugung, Spitzentechnologien angeboten werden, so dass die Branche hier eine international führende Marktposition erreicht hat. Die Zuwachsraten der Exporte waren mit 17 % (1999) und 30 % (2000) weit überdurchschnittlich. Noch höhere Zuwachsraten erzielten im Jahre 2000 die Branchen Luftfahrzeuge (48 %) sowie Eisen- und Stahlerzeugnisse (50 %). Die Gründe für diese Exporterfolge sind unterschiedlich. Bei den Luftfahrzeugen war wie in der Elektroindustrie und teilweise im Maschinenbau die Spezialisierung ausschlaggebend. Die Stahlproduzenten verfügen dank der hohen Rationalisierung der Produktion und der Schwäche des Euro über eine hervorragende Wettbewerbsfähigkeit. Die US-Unternehmen in dieser Branche haben bei ihrer Regierung wiederholt um Handelsrestriktionen wegen angeblicher Dumpingpreise nachgesucht.⁸

Die viertgrößte Exportbranche, die chemische und pharmazeutische Industrie, profitierte einerseits von der Festigung der Marktposition durch Direktinvestitionen, andererseits ist sie durch die restriktivere Praxis bei der Verschreibung von Arzneien in den USA in eine Zwangslage geraten. Der Export von pharmazeutischen Produkten ist daher im Jahre 2000 stark zurückgegangen (-16 %). Nach der boomartigen Entwicklung der Exporte dieser Branche seit 1994 zeichnet sich ein weiterer Rückgang ab.

Elektrotechnische Erzeugnisse wichtigste Importgüter

Der Anteil der Fertigwaren-Enderzeugnisse an den Einfuhren aus der NAFTA hat sich im Jahre 2000 auf 81 % erhöht und erreichte damit eine Größenordnung, wie sie bei den Exporten bereits 1994 bestand. Stärker noch als bei den Exporten sind bei den Importen Erzeugnisse der Spitzentechnologie vertreten. Elektrotechnische Erzeugnisse, Luftfahrzeuge und ADV-Geräte hatten im Jahre 2000 einen Anteil von knapp 50 % an den gesamten Importen aus der NAFTA. In diesen drei Branchen wird traditionell ein Defizit im Handel mit der NAFTA ausgewiesen; dieses hat sich im Zeitraum 1994 bis 2000 nahezu verdoppelt.

In den USA dürfte es dank der massiven konjunkturellen Impulse von der Geld- und Finanzpolitik gelingen, dass die Wirtschaft bald wieder auf einen höheren Wachstumspfad einschwenkt.⁹ Die privaten Investitionen, insbesondere aber der private Verbrauch werden deutlich zunehmen und die Nachfrage nach Importgütern begünstigen. Von der Entwicklung des Euro dürften auch in diesem Jahr eher stimulierende Effekte auf den Export ausgehen. Bei dem allgemein starken Druck zur Rationalisierung der Produktion und den Infrastrukturmaßnahmen in den USA zur Verbesserung der Elektrizitätsversorgung werden sich die Exportchancen für den Maschinenbau und die Elektroindustrie erhöhen. Modellrechnungen zeigen, dass der deutsche Export besonders stark auf Veränderungen der Investitionstätigkeit in den USA reagiert. Auch im zweiten Halbjahr dürfte der Export in die NAFTA zügig steigen.

Die Einfuhr aus der NAFTA war zum Jahresbeginn deshalb gesunken, weil bei der verhaltenen Produktion im verarbeitenden Gewerbe weniger Vorprodukte importiert wurden. Bei der erwarteten anhaltenden Schwäche der Produktion im verarbeitenden Gewerbe¹⁰ dürften diese Importe — knapp ein Fünftel aller Importe aus der NAFTA — nur geringfügig zunehmen. Die Importe von Konsumgütern werden bei nur geringen Einkommensverbesserungen ebenfalls nur schwach steigen. Die Investitionsdynamik hat deutlich nachgelassen, mit einer Belebung der Einfuhr von Investitionsgütern ist daher nicht zu rechnen.

Bei dieser Entwicklung von Warenausfuhr und -einfuhr könnte der Überschuss in der Warenbilanz im Jahre 2001 auf rund 40 Mrd. DM steigen. Das Defizit im Dienstleistungsverkehr ebenso wie das in der Übertragungsbilanz dürften nur wenig ausgeweitet werden. Der Überschuss bei den Erwerbs- und Vermögenseinkommen wird wohl weiter zurückgehen. Das Plus in der Leistungsbilanz mit der NAFTA dürfte im Jahre 2001 mit rund 35 Mrd. DM eine ähnliche Größenordnung wie im Vorjahr haben. Von der konjunkturellen Abschwächung in der NAFTA wird das Wachstum der deutschen Exportwirtschaft im Jahre 2001 vermutlich nur wenig gebremst.

⁸ Von der US-Regierung wurden jüngst Strafzölle gegen Stahlimporteure aus der EU verhängt. Vgl. Nachrichten für den Außenhandel vom 15.6.2001, S. 1.

⁹ Vgl. USA-Wirtschaft im Abschwung — Wirtschaftspolitik steuert gegen, a. a. O.

¹⁰ Industrieproduktion in Deutschland: Impulse für die Konjunkturentwicklung nicht zu erwarten. Bearb.: Claudius Schmidt-Faber. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 21/2001.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967.

- Heft 167 **Ostmitteleuropa auf dem Weg in die EU-Transformation, Verflechtung, Reformbedarf.** Von Christian Weise, Herbert Brücker, Fritz Franzmeyer, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher und Harald Trabold unter Mitarbeit von Silke Boger und David Rusnok. 348 S. 1997. (3-428-09133-7). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 168 **Lage und Perspektiven der deutschen Schienenfahrzeugindustrie.** Von Rainer Hopf, Hartmut Kuhfeld, Heike Link, Jörg-Peter Weiß und Hans Wessels unter Mitarbeit von Alfred Haid und Kurt Hornschild. 242 S. 1997. (3-428-09141-8). DM 144,— / öS 1.051,— / sFr 128,—.
- Heft 169 **Wirtschaftliche Verflechtung zwischen EU und GUS — Niedriges Niveau, großes Potential, vage Perspektiven.** Von Christian Weise, Herbert Brücker, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher, Harald Trabold und Ulrich Weißenburger (†) unter Mitarbeit von Silke Boger, Ulrike Ludden und David Rusnok. 210 S. 1997. (3-428-09344-5). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 170 **Lage und Perspektiven der Unternehmen in Ostdeutschland — Ergebnisse einer Umfrage.** Von Karl Brenke und Alexander Eickelpasch unter Mitarbeit von Lorenz Blume. 124 S. 1997. (3-428-09361-5). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 171 **Europäische Strukturfonds in Sachsen: Zwischenevaluierung für die Jahre 1994 bis 1996.** Von Kornelia Hagen und Kathleen Toepel. 249 S. 1997. (3-428-09389-5). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 172 **Situation und Perspektiven der deutschen Raumfahrtindustrie — Eine ordnungspolitische Analyse.** Von Bernhard Wieland, Talat Mahmood und Lars-Hendrick Röller, Projektleitung: Kurt Hornschild. 210 S. 1998. (3-428-09440-9). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 173 **Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland.** Von Klaus-Dietrich Bedau. 127 S. 1998. (3-428-09481-6). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 174 **Effizienz von Maßnahmen zur Verbrauchseinschränkung bei Mineralölversorgungsstörungen.** Von Rainer Hopf, Jutta Kloas, Heilwig Rieke, Martin Schmied und Franz Wittke (DIW); Klaus Lindner und Dieter Merten (IE). 239 S. 1998. (3-428-09482-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 175 **Wirkung und Wirksamkeit der EU-Binnenmarktmaßnahmen — Evaluierung des Studienprogramms der Europäischen Kommission.** Von Christian Weise, Stefan Bach, Heike Link, Uta Möbius, Bernhard Seidel, Wolfgang Seufert und Harald Trabold. 173 S. 1998. (3-428-09579-0). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 176 **Zum Einfluß betrieblicher und sektoraler Differenzierung der Arbeitskosten und sonstiger Regelungen auf die Beschäftigung im Strukturwandel.** Von Bernd Görzig, Wolfgang Scheremet und Frank Stille. 315 S. 1998. (3-428-09580-4). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 177 **Zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Metallhütten in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).** Von Peter Eggert, Ilse Häusser, Bernd-Michael Kruse, Jochen Parchmann, Sighelm Thede und Eberhard Wettig. 341 S. 1998. (3-428-09682-7). DM 188,— / öS 1.372,— / sFr 167,50.
- Heft 178 **Die wirtschaftliche Bedeutung Berlins für den Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 158 S. 1998. (3-428-09745-9). DM 136,— / öS 993,— / sFr 121,—.
- Heft 179 **Deutschland im Strukturwandel — Strukturberichterstattung 1997.** Von Dietmar Edler, Bernd Görzig, Dieter Schumacher, Frank Stille (Koordination), Dieter Teichmann, Dieter Vesper und Rudolf Zwiener. 400 S. 1998. (3-428-09766-1). DM 212,— / öS 1.548,— / sFr 188,—.
- Heft 180 **Der deutsche Dienstleistungshandel im internationalen Vergleich.** Von Siegfried Schultz und Christian Weise unter Mitarbeit von Dietmar Schumacher. 151 S. 1999. (3-428-09845-5). DM 140,— / öS 1.022,— / sFr 124,—.
- Heft 181 **Der Dienstleistungssektor in Hamburg — Stand, Verflechtung, Qualifikation und Entwicklungschancen.** Von Martin Gornig, Peter Ring und Reiner Stäglin. 230 S. 1999. (3-428-09901-X). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 182 **Ökonomische Wirkungen der Städtebauförderung in Mecklenburg-Vorpommern.** Von Lorenz Blume (Universität Gh Kassel), Klaus-Peter Gaulke (DIW) und Josef Rother (GEFAK). Projektleitung: Rolf-Dieter Postlep (DIW). 108 S. 1999. (3-428-09915-X). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 183 **Unternehmensbezogene Dienstleistungen im Land Brandenburg — Strukturen, Defizite und Entwicklungsmöglichkeiten.** Von Kurt Geppert. 122 S. 1999. (3-428-09941-9). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 184 **Auswirkungen der weltweiten Konzentration in der Bergbauproduktion auf die Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft.** Von Peter Eggert, Alfred Haid, Eberhard Wettig (DIW), Manfred Dahlheimer, Manfred Kruszona, Hermann Wagner (BGR). 398 S. 2000. (3-428-10273-8). DM 198,— / öS 1.145,— / sFr 176,—.
- Heft 185 **Kommunalfinanzen und kommunaler Finanzausgleich in Brandenburg.** Von Dieter Vesper. 164 S. 2000. (3-428-10274-6). DM 148,— / öS 964,— / sFr 131,—.
- Heft 186 **Aktuelle steuerliche Rahmenbedingungen für den privaten Mietwohnungsbau — Wirkungen und Alternativen.** Von Stefan Bach und Bernd Bartholmai. 127 S. 2000. (3-428-10382-3). DM 138,— / sFr 122,—.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

- Nr. 158 **Polen und die Osterweiterung der Europäischen Union.** Von Fritz Franzmeyer und Christian Weise. 201 S. 1996. (3-428-08768-2). DM 82,— / öS 599,— / sFr 82,—.
- Nr. 159 **Zwischenbilanz der Strukturfondsinterventionen und anderer EU-Programme in den neuen Bundesländern — Gemeinsamkeiten und Unterschiede.** Von Kathleen Toepel. 71 S. 1996. (3-428-08870-0). DM 64,— / öS 467,— / sFr 58,—.
- Nr. 160 **Arbeits- und Betriebszeiten in Deutschland: Analysen zu Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.** Von Frank Stille und Rudolf Zwiener. 153 S. 1997. (3-428-09209-0). DM 74,— / öS 540,— / sFr 67,—.
- Nr. 161 **Transformation des Wirtschaftssystems in den mittel- und osteuropäischen Ländern: Außenwirtschaftliche Bedingungen und Auswirkungen.** Von Dieter Schumacher, Harald Trabold und Christian Weise (Hrsg.). 435 S. 1997. (3-428-09239-2). DM 148,— / öS 1.080,— / sFr 131,—.
- Nr. 162 **Energiepreise als Standortfaktor für die deutsche Wirtschaft.** Von Jochen Diekmann, Manfred Horn und Hans-Joachim Ziesing. 220 S. 1997. (3-428-09333-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 163 **Sonderregelungen zur Vermeidung von unerwünschten Wettbewerbsnachteilen bei energieintensiven Produktionsbereichen im Rahmen einer Energiebesteuerung mit Kompensation.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhass, Barbara Praetorius, Bernhard Seidel und Rudolf Zwiener. 224 S. 1998. (3-428-09378-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 164 **Gesamtwirtschaftliche und regionale Effekte von Bau und Betrieb eines Halbleiterwerkes in Dresden.** Von Heike Belitz und Dietmar Edler. 127 S. 1998. (3-428-09450-6). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.
- Nr. 165 **Umwelt und empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung. Beiträge und Diskussionsberichte zu einer Tagung der Projektgruppe „Das Sozio-ökonomische Panel“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.** Hrsg. von Jürgen Schupp und Gert Wagner. 199 S. 1998. (3-428-09457-3). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 166 **Evaluierung wettbewerbsorientierter Fördermodelle — Das Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein.** Von Martin Gornig und Kathleen Toepel. 166 S. 1998. (3-428-09477-8). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Nr. 167 **Auswirkungen der Europäischen Währungsunion auf die deutsche Wirtschaft.** Von Sebastian Dullien und Gustav A. Horn. 95 S. 1999. (3-428-10017-4). DM 98,— / öS 715,— / sFr 89,—.
- Nr. 168 **E-Commerce — Erfolgsfaktoren von Online-Shopping in den USA und in Deutschland.** Von Brigitte Preißl und Hans-Jörg Haas unter Mitarbeit von Christian Rickert. 112 S. 1999. (3-428-10076-X). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.
- Nr. 169 **Der Beitrag ausländischer Investoren zum Aufbau wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen in den neuen Bundesländern.** Von Heike Belitz, Karl Brenke und Frank Fleischer. 115 S. 2000. (3-428-10233-9). DM 112,— / sFr 99,50.
- Nr. 170 **Geld, Banken und Staat in Sozialismus und Transformation.** Von Mechthild Schrooten. 201 S. 2000. (3-428-10243-6). DM 148,— / sFr 131,—.
- Nr. 171 **Wie entwickeln sich die Gewinne in Deutschland? Gewinnaussagen von Bundesbank und Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung im Vergleich.** Von Bernd Görzig und Claudius Schmidt-Faber. 84 S. 2001. (3-428-10504-4). DM 92,— / sFr 81,—.

— Einer Teilaufgabe liegt ein Prospekt des Verlages Duncker & Humblot bei —

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200
DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw-berlin.de>

Präsident: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gustav A. Horn, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Ulrich Kamecke (kommissarisch),
Prof. Dr. Hans-Georg Petersen (kommissarisch), Wolfram Schreittl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel,
Prof. Dr. Gert G. Wagner, Dr. Hans-Joachim Ziesing

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann

Zuspitzung der Haushaltskrise in Berlin — Ohne Hilfen des Bundes droht Kollaps

Bearbeitet von Dieter Vesper

Anhaltend hohe Dynamik beim Export nach Nordamerika

Bearbeitet von Herbert Lahmann und Eva Vega Gordaliza

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig

Druck: Druckerei Conrad GmbH, Oranienburger Str. 172, D-13437 Berlin

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304